

Agentur meldete 300 Pfleger an – 50 weitere Pfleger folgen – 50 verweigern Legalisierung

„Legale Pflege um 60 Euro teurer“

Fast alle Pflege-Legalisierungen gehen auf eine einzige Agentur zurück. Agentur-Chef Tanzer spricht sich sogar gegen eine Amnestie aus.

Wien. Auch wenn Sozialminister Erwin Buchinger derzeit wenig Lob erntet – die Organisation „Alten in Würde“ ist mit der Arbeit des Ministers durchaus zufrieden. Der Leiter Rainer Tanzer erklärt sich als vehementer Verfechter der legalen Pflege und unterstützt seine teils noch illegalen Pflegerinnen bei den Behördengängen. Bisher haben sich landesweit 342 Pflegekräfte bei den Bezirkshauptmannschaften oder dem Magistrat als Selbstständige angemeldet. Davon gehen fast 300 Legalisierungen auf Tanzer zurück. 50 weitere Anmeldungen von „Alten in Würde“ sollen diese Woche abgeschlossen werden.

Gegen Amnestie. Im Gespräch mit ÖSTERREICH spricht sich der Agenturchef gegen eine rückwirkende Amnestie – wie von der ÖVP und von Teilen der SPÖ ver-



langt – aus: „Die Pfleger würden das als Persilschein nehmen und sich jeder Kontrolle durch die Agentur entziehen.“ Auch 50 der von

Pflegervermittler Rainer Tanzer hat 300 Pfleger angemeldet.

ihm vermittelten Pflegekräfte verweigern die Legalisierung. Tanzer hat sich von ihnen Bestätigungen geben lassen, dass sie über die rechtliche Situation aufgeklärt wurden.

Leistbar? Das selbstständige Modell der Regierung sieht Tanzer als „machbare Lösung“. Seine Berechnungen decken sich mit jenen Buchingers: „Legale Pflege wird im Monat nur um 60 € teurer.“ (kaa)

ÖVP appelliert für Verlängerung der Amnestie.

Amnestie: Patt in der Koalition

Wien. Auch die ÖVP-Regierungsklausur in Wien drehte sich um die Pflege. Vizekanzler Wilhelm Molterer „appellierte“ an Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, die Amnestie um sechs Monate zu verlängern. Molterer kündigte an,

bei der Regierungsklausur kommenden Donnerstag die 24-Stunden-Pflege zu thematisieren. Mit der SPÖ müsse ein „Masterplan“ erarbeitet werden. SPÖ-Klubobmann Josef Cap appellierte wiederum an den Koalitionspartner, bei der

Klausur „in sich zu gehen“. Denn die ÖVP sei für das „Streit-Image“ der Großen Koalition verantwortlich.

Angesichts des Stillstandes in der Pflege-Debatte verlangten die Grünen eine Sondersitzung des Nationalrats. (kaa)